

Bremen, 11.12.2019

## B e s c h l u s s

### des Beirates Obervieland vom 10. Dezember 2019

#### **Rahmenbedingungen für die Mittelverteilung des Rahmenkonzeptes offene Jugendarbeit (OJA)**

Der Beirat Obervieland fordert die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport auf:

- Eine bedarfslagenabdeckende Stadtteilbudgeterhöhung in 2020 (danach jährlich, kontinuierlich mind. 3,5%) umzusetzen
- Die Einrichtung eines stadtteilübergreifenden Budgets in 2020 zu realisieren
- Die Miet- und Betriebskostenübernahme für Einrichtungen der offenen Jugendarbeit durch die Stadtgemeinde Bremen außerhalb des Stadtteilbudgets zu finanzieren
- Die eingereichten OJA-Anträge (ohne Anlage A-Bögen) rechtzeitig vor der Mittelverteilung im CA allen gewählten CA-Mitgliedern zur Verfügung zu stellen (via Mailversand oder postalisch). Dies ist die Voraussetzung für einen gleichen Informationsstand aller CA-Mitglieder. Nur so kann der gemeinsame Entscheidungsfindungsprozess ermöglicht werden, wie ihn das OJA-Rahmenkonzept vorsieht.
- Den Ausbau des VAJA Streetwork-Teams Süd über städtische Fördergelder außerhalb von OJA zu finanzieren.

#### Begründung:

Seit Jahren spitzt sich die finanzielle Situation der Einrichtungen im Rahmen der offenen Jugendförderung weiter zu. Es stehen keine ausreichenden finanziellen Mittel zur Verfügung, um Betriebs- und Personalkostensteigerungen in Jugendfördereinrichtungen, sowie soziale Gruppenangebote und Streetwork zu finanzieren.

Aufgrund dessen hat der Beirat Obervieland bereits in seiner Sitzung am 12.12.2017 gefordert, dass das Stadtteilbudget deutlich aufgestockt wird und dann jährlich, kontinuierlich um 3,5%, angehoben wird. Des Weiteren wurde die Einrichtung eines stadtteilübergreifenden Budgets gefordert. Im Auftrag des Jugendhilfeausschusses hat eine Unterarbeitsgruppe dazu bereits Vergabekriterien entwickelt, allerdings wurden im vergangenen Haushalt keine Mittel dafür bereitgestellt.

Gerade für Obervieland, einem Stadtteil mit zwei Angeboten (der Kinder- und Jugendfarm sowie dem AWO Fun Park), die überregionale Strahlkraft entfalten und somit auch viele Kinder und Jugendliche außerhalb des Stadtteils erreichen, ist es von besonderer Wichtigkeit, dass diese Angebote auskömmlich über einen stadtteilübergreifenden Topf abgedeckt werden, der nicht zu Lasten der einzelnen Stadtteilbudgets geht. Zudem regte der Beirat auch schon da-

mals an, dass Betriebs- und Mietkosten für Einrichtungen der offenen Jugendförderung von der Stadtgemeinde Bremen zu tragen sind. Leider erfolgte in keinem dieser Bereiche eine Umsetzung.

2018 hat der Beirat Obervieland diese Forderungen abermals bekräftigt. In seinem Beschluss vom 11.12.2018 ergänzte er diese mit der Forderung, dass die gewählten CA-Mitglieder der Träger und des Beirates die Antragsunterlagen (ohne Anlage A-Bögen) erhalten sollen. Eine kurze Einsicht, wie bislang gewährt, reicht nicht aus, um ausreichend informiert zu sein und fundierte Entscheidungen treffen zu können. Aufgrund nicht konkret benannter Datenschutzvorbehalte sei dies angeblich nicht möglich, so die mündliche Auskunft der zuständigen Referatsleitungen. In anderen Stadtteilen ist dagegen nach Kenntnisstand des Beirates Obervieland problemlos so verfahren worden. Auch auf mehrmalige Nachfrage des Ortsamtsleiters Obervieland gab es bislang (7.12.2019) keine Begründung für die offenbar unterschiedliche Auslegung.

Aufgrund der Mangelfinanzierung und fehlenden politischen Intervention für diesen Bereich hat der Beirat Obervieland 2018 den Mittelverteilungsvorschlag abgelehnt. Bis hin zur Sozialdeputation wurde der Verfahrensweg gegangen. Angehört wurde das Anliegen - an der finanziellen Situation hat sich bislang jedoch nichts geändert.

Heute, in 2019, stehen wir bei der Mittelverteilung vor noch größeren Herausforderungen. Wir befinden uns während der Mittelvergabe in einer haushaltslosen Zeit, sodass auch die 1%ige jährliche Stadteilbudgeterhöhung gestrichen wurde. Somit erfahren wir abermals eine kalte Kürzung in diesem Bereich. Die Einrichtungen sind am Existenzminimum angelangt, soziale Gruppenarbeiten und Streetwork können nicht auskömmlich finanziert werden.

Wir fordern die Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport daher zur Stellungnahme auf, ob und in wie weit diese Forderungen durch die Sozialbehörde in die laufenden Haushaltsberatungen eingebracht wurden bzw. werden, sowie eine Aussage dazu, wie zukünftig eine Zurverfügungstellung der OJA-Anträge an die CA-Mitglieder gewährleistet werden kann. Der Beirat Obervieland erwartet zu diesen Fragestellungen eine Rückmeldung bis spätestens zum 01.02.2020.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung

gez. Radolla

Michael Radolla  
(Ortsamtsleiter)